

Hier geht es um Werte und nicht um Interessen

Von Felix Maise. Aktualisiert um 06:36 Uhr **2 Kommentare**

Die Schweiz übernimmt heute den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats.



Der Plenarsaal des Europarats in Strassburg: Die Schweiz nimmt in der parlamentarischen Versammlung sechs Sitze ein.
Bild: Keystone

Schweiz will Reformen aufgleisen

Mit der Übernahme des Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarats für sechs Monate erhält die Schweiz die Gelegenheit, eigene Akzente zu setzen. Die Schweiz will in dieser Zeit vor allem dazu beitragen, dass der hoffnungslos überlastete Europäische Gerichtshof für Menschenrechte reformiert und effizienter organisiert wird. Im Februar organisiert das Aussendepartement in Interlaken dazu eine Ministerkonferenz der 47 Europarat-Mitgliedsländer.

Seit dem Beitritt der früheren Ostblockländer

Sechs Sitze nimmt die Schweiz in der 318-köpfigen parlamentarischen Versammlung des Europarats ein, zwölf Vertreterinnen und Vertreter des eidgenössischen Parlaments (sechs Abgeordnete und sechs Stellvertreter) fahren regelmässig an die Sessionen nach Strassburg. Was sie dort tun, ist in der Schweizer Öffentlichkeit aber weitgehend unbekannt. Jahrelang nahm man im Bundeshaus die Parlamentarier-Expeditionen in die Elsässer Europametropole wenig ernst und scherzte vor allem über das kulinarische Rahmenprogramm.

Auch heute noch gilt ein Engagement in Strassburg weitherum als wenig lohnend. Publikumswirksame

«Aren bis 2007 im Fernsehen gibt es dafür nicht. Dabei leisten Schweizerinnen und Schweizer in Strassburg seit Jahren hervorragende und auch international anerkannte Arbeit. Der «Swiss Senator» Dick Marty machte mit seinem Europarats-Engagement in Sachen CIA-Geheimgefängnisse in den USA in den letzten Jahren mehr Schlagzeilen als alle Bundesräte zusammen. Der kürzlich verstorbene Ernst Mühlemann war in der Frage des umstrittenen Beitritts Russlands zum Europarat in den 90er-Jahren eine ganz zentrale Figur. Und Luzius Wildhaber trug als international hoch angesehener Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte jahrelang dazu bei, dass das Strassburger Europarats-Gericht für Millionen von Bürgerinnen und Bürgern in den ehemaligen Ostblockstaaten zu einem Ort der Hoffnung avancierte.

Gefragt sind Idealisten

Die parlamentarische Versammlung und der Gerichtshof sind die Organe, die bis heute über die drei europäischen Grundwerte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte wachen. Im Europarat geht es zentral um Werte und nicht wie im EU-Parlament und in Brüssel vorab um Interessen und Geldverteilen. Gefragt sind Idealisten, nicht schlaue Politfuchse.

Der bekannteste von ihnen ist derzeit Dick Marty. Es war keine Partei und keine Lobby, die ihn in seinem Feldzug gegen die CIA-Geheimgefängnisse unterstützt hat. Der Tessiner FDP-Ständerat musste im Alleingang auch gegen eine Wand von durchaus demokratischen Regierungen anrennen, die aus Gründen der Staatsräson kein Licht ins Dunkel ihrer Geheimabsprachen mit der CIA bringen wollten. Der Schweizer Bundesrat war da keine Ausnahme.

Meist unspektakuläre Arbeit

Im von der Bush-Administration ausgerufenen Krieg gegen den Terrorismus war die Verletzung von Menschenrechten plötzlich kein Tabu mehr. Entführungen und ein bisschen foltern schienen auch manchen westlichen Regierungen und ihren Geheimdiensten ein probates Mittel. Und es war auch nicht das aus Regierungsvertretern zusammengesetzte Ministerkomitee als oberstes Organ des Europarats, das die schleichende Abkehr von europäischen Grundwerten bremste, sondern die parlamentarische Versammlung, zusammen mit dem Gerichtshof das eigentliche Herz des Europarats.

So spektakulär wie das Dossier Marty/CIA ist die Europarats-Arbeit indes selten. In aller Regel besteht diese vielmehr darin, im direkten Kontakt mit Abgeordneten anderer Delegationen und bei Besuchen vor allem in den neuen Mitgliedsländern Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der Menschenrechte geduldig Schritt für Schritt voranzubringen und Verstösse neuer oder alter Oligarchen und Autokraten anzuprangern. Hier sind es vor allem die sogenannten Monitoring-Komitees, welche den neuen Mitgliedsländern beim Aufbau von demokratischen Rechtsstaaten

helfen. Einer der aktivsten auf diesem Terrain ist der Zürcher SP-Nationalrat Andreas Gross, neben Dick Marty der zweite Schwerarbeiter in der aktuellen Schweizer Delegation.

Zögerliche Schweiz

Das Engagement der offiziellen Schweiz – auch des Aussendepartements – für den Europarat und seine Grundwerte hält sich hingegen bis heute in Grenzen. Erst 1963, 14 Jahre nach der Gründung des Europarats, trat die Schweiz dem damaligen Club der westeuropäischen Demokratien überhaupt bei. Und erst 1974, nach der Einführung des Frauenstimmrechts, konnte sie die europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnen, das zentrale Dokument des Europarats. Von den übrigen rund 200 Konventionen hat die Schweiz erst rund die Hälfte unterschrieben. Ausstehend ist zum Beispiel nach wie vor die Unterschrift unter die Sozialcharta, die aktuell diskutiert wird. (Tages-Anzeiger)

Erstellt: 18.11.2009, 04:00 Uhr

Werbung